

## Deutschlands Ökostromrechnung ist da – und viel höher als angenommen

Welt, 29.01.2024, Daniel Wetzel, Philipp Vetter

<https://www.welt.de/wirtschaft/energie/plus249757508/Deutschlands-Oekostromrechnung-ist-da-und-sie-ist-viel-hoehere-als-angenommen.html>

Gerade erst feierte die Bundesregierung den Ökostrom-Rekord. Doch jetzt präsentieren die Netzbetreiber ihre Rechnung: Auf dem EEG-Konto fehlen viele Milliarden. Geld, das aus dem Haushalt kommen muss, der keinen Spielraum bietet.

Hemdsärmelig vor der Videokamera verkündete Robert Habeck gleich zu Beginn des neuen Jahres „eine starke Nachricht aus dem Bereich der Energiepolitik“. Der Anteil erneuerbarer Energien am deutschen Strommix, so der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), „war noch nie so hoch wie jetzt: Die 50 Prozent, die haben wir deutlich geknackt.“

In seiner Freude über den Fortschritt in der Energiewende vergaß der Grünen-Politiker allerdings zu erwähnen, dass dieser Fortschritt teuer erkaufte ist. Denn Ökostrom ist ein Produkt, das vom Steuerzahler subventioniert werden muss. Jetzt präsentierte die Strombranche die Rechnung für den Grünstrom-Boom: Sie geht in die Milliarden.

So berichtet das „Handelsblatt“ von einem Brief der vier Betreiber der deutschen Stromübertragungsnetze an das Habeck-Ministerium, in dem sie auf dringenden Geldbedarf hinweisen: Der Finanzierungsbedarf nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) *steige in diesem Jahr in Summe um 7,8 Milliarden Euro.*

### *Das Märchen vom ökonomischen Nutzen der Energiewende*

Es bestehe „die sehr dringende Notwendigkeit zur Anpassung der Abschlagszahlungen auf die kurze Sicht“ für die Monate Februar und März, heißt es in dem Schreiben, das dem „Handelsblatt“ vorliegt. Andernfalls drohten den Unternehmen innerhalb weniger Monate Liquiditätsprobleme.

Auf Nachfrage von WELT bestätigten Netzbetreiber die Finanzlücke: „Wir stehen hierzu in einem engen Austausch mit dem BMWK. Entscheidungen über die weitere Entwicklung dieses Förderinstruments liegen bei der Politik.“ Das Habeck-Ministerium war am Freitagnachmittag für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Hintergrund ist das sogenannte EEG-Konto, auf dem die Milliarden zur Förderung von erneuerbaren Energien gesammelt werden. Das Konto bildet das Zentrum des komplexen Systems der Ökostrom-Förderung in Deutschland.

Nach diesem System sind die Übertragungsnetzbetreiber verpflichtet, den Ökostrom-Produzenten die grünen Kilowattstunden abzunehmen und über die Strombörse EEX zu vermarkten. Die Verkaufserlöse landen auf dem EEG-Konto, reichen jedoch in der Regel nicht aus, um die im EEG festgelegten Vergütungssätze für Solar- und Windparkbetreiber zu zahlen. Die Differenz wird vorab geschätzt und aus Steuermitteln beglichen.

Noch im Oktober vergangenen Jahres hatten die Netzbetreiber geschätzt, dass der Bund im Jahr 2024 rund 10,6 Milliarden Euro zuschießen muss, um den Subventionsanspruch der Ökostromer zu bedienen. Doch diese Prognose erweist sich nun als falsch. *Es werden wohl 7,8 Milliarden Euro **mehr** gebraucht.*

Ein Grund für den ungeplanten Mehrbedarf: Seit Herbst vergangenen Jahres hatte der deutsche Solarboom und eine überraschend gute Windernte dafür gesorgt, dass oft mehr Ökostrom im Netz war, als benötigt wurde.

Überangebot drückt Börsenpreis für Öko-Strom unter null – Netzbetreiber müssen aber zahlen

Als Folge des Überangebots fiel der Wert des Ökostroms am Großhandelsmarkt über viele Stunden auf Null, oder sogar in den negativen Bereich: Oftmals konnte der wertlose Überschuss-Strom von den Netzbetreibern nur gegen hohe Zuzahlung an der Börse entsorgt werden.

Die Grünstrom-Vermarktung brachte damit nur geringe Einnahmen oder verursachte immer wieder sogar Kosten. Entsprechend größere Summen muss der Bund nun zum Ausgleich aus Haushaltsmitteln zuschießen.

„Der Einsatz der Fördermittel ist von den dynamischen Preisen am Strommarkt abhängig“, erklärte eine Sprecherin der vier Netzbetreiber Amprion, Tennet, 50Hertz und TransnetBW auf WELT-Nachfrage: „Niedrigere Börsenpreise führen zu höheren Ausgaben bei der EEG-Förderung sowie zu niedrigeren Einnahmen bei der Vermarktung der EEG-Strommengen in Festvergütung.“

Sollten sich die Börsenpreise entsprechend der derzeitigen Futures realisieren, so die Netzbetreiber, „erhöht sich der EEG-Finanzierungsbedarf 2024 gegenüber dem ursprünglich ermittelten Wert“.

Dass Elektrizität im Laufe des vergangenen Jahres deutlich an Wert verloren hat, bestätigte die Strombörse EEX: „Der Preisrückgang zwischen Juli und Dezember für Future-Kontrakte auf das Kalenderjahr 2024 betrug ungefähr 31 Prozent.“

Doch weil Ökostrom-Produzenten ungeachtet dieses deutlichen Wertverfalls weiterhin ihren gesetzlichen Anspruch auf fixe EEG-Zuschüsse haben, geraten die Haushaltspolitiker des Bundes jetzt noch tiefer in Schlamassel.

Denn nachdem das Bundesverfassungsgericht den Versuch kreativer Umbuchungen im Bundeshaushalt untersagt hatte, riss dort bereits eine Lücke im Milliardenbereich auf. Zusätzlich benötigt das Bundeswirtschaftsministerium noch zweistellige Milliardenbeträge, um bis 2030 den Bau von 40 bis 50 großen Gaskraftwerken anzureizen, die zum Ausgleich der flatterhaften Solar- und Windstromproduktion dringend gebraucht werden.

Den Finanzbedarf dafür hatte das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln bis 2030 auf 60 Milliarden Euro beziffert. Wie der Bund diese Fördergelder aufbringen will, ist unklar: Die von Wirtschaftsminister Habeck angekündigte „Kraftwerksstrategie“ ist seit Wochen überfällig.

Das neue, ungeplante Finanzloch von 7,8 Milliarden Euro, das jetzt zusätzlich im Bereich Ökostrom-Subventionen aufreißt, macht die Sache für Finanzminister Christian Lindner (FDP) nicht einfacher.

Früher wurde die „EEG-Umlage“ nicht aus Steuermitteln bezahlt, sondern mit der Stromrechnung direkt beim Verbraucher abgebucht. Dass die Bundesregierung in ihrer Not auf diesen preistreibenden Mechanismus zurückgreift, ist unwahrscheinlich: Die Klagen aus Gewerbe und Industrie über zu hohe Strompreise waren zuletzt schon immer lauter geworden.

Jetzt liegt der Schwarze Peter bei Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). Denn er muss die Milliarden auftreiben, auf die der Ökostrom-Sektor dank EEG Anspruch hat.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) gibt sich ungerührt. „Nach bestehender Gesetzeslage muss der Staat für ein ausgeglichenes EEG-Konto sorgen“, erklärt BDEW-Chefin Kerstin Andreae: „Wir gehen daher davon aus, dass die Bundesregierung für die notwendige Liquidität auf dem EEG-Konto sorgt.“